



AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4 - 8
1015 W i e n

Z: 62 - GE/89

Datum: 6. OKT. 1989

9.10.1989

H. Pointner

Auskünfte:

Dr. Mohr

Tel. (05574) 511

Durchwahl:

2063

Aktenzahl: PrsG-3153
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 3. Oktober 1989

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Mineralölsteuergesetz 1981
geändert wird; Entwurf, Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 10.8.1989, GZ. Min-100/7-III/11/89/3

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mineralölsteuer-
gesetz 1981 geändert wird, wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Z. 1, 3 und 4:

Aus energiepolitischen Überlegungen ist es wünschenswert, daß Biodiesel auch in Zukunft nicht der Mineralölsteuer unterliegt. Wegen der höheren Produktionskosten von Biodiesel gegenüber der Dieselproduktion aus Erdöl können die im Allgemeinen Teil der Erläuterungen geäußerten Befürchtungen einer Wettbewerbsverzerrung nicht geteilt werden. Die Nichtbesteuerung des Biodiesels kommt einer indirekten Subventionierung der Biodieselproduktion gleich und ermöglicht dadurch den verstärkten Einsatz eines alternativen Energieträgers.

Dafür sprechen mehrere Gründe:

- Schonung der begrenzten Erdölressourcen im Wege der Substitution durch einen regenerativen, heimischen Energieträger;
- Verringerung der Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung;
- durch Verwendung eines heimischen Energieträgers positive Entlastung des Handelsbilanzdefizits;
- Verbesserung der agrarischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten.

- 2 -

In den letzten Jahren wurde aus umwelt- und agrarpolitischen Gründen als Alternative der Anbau und die Verarbeitung von pflanzlichen Rohstoffen zu erneuerbarer Energie gefördert. Die vorgesehene Besteuerung läuft diesen bereits eingeleiteten Initiativen, die insbesondere auch dem Abbau der agrarischen Überschüsse und deren Verwertungskosten dienen, völlig entgegen. Ein verstärkter Umstieg auf alternative Kraftstoffe (Biokraftstoffe) ist im Interesse des Abbaues der hohen Auslandsabhängigkeit Österreichs im Energiebereich notwendig. Auch dieser Notwendigkeit widerspricht die vorgesehene Besteuerung.

Aus den angeführten Gründen wird die im Entwurf vorgesehene Besteuerung der Biokraftstoffe abgelehnt. Der Verzicht einer Besteuerung von Biodiesel und die damit verbundenen positiven energiepolitischen Auswirkungen dürfen nicht dem Argument zum Opfer fallen, daß derzeit die Möglichkeit einer Vergütung der Mineralölsteuer für pauschalisierte Mengen an landwirtschaftliche Betriebe besteht.

Im übrigen ergeben sich zum übermittelten Gesetzesentwurf keine Einwendungen.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

Dr. Guntram Lins, Landesrat

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnissnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

Handwritten signature